

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen!“ (Olga Fjodorovna Bergholz)

Eine Ausstellung in Göttingen zur Erinnerung an die Opfer im belagerten Leningrad von 1941 bis 1944

Am 22. Juni 1941 überfiel das Deutsche Reich unter Missachtung des bilateralen Nichtangriffsvertrages die Sowjetunion. Für den deutschen Imperialismus war dies der neuerliche Griff nach der ökonomischen und politischen Hegemonie über Osteuropa. In der Nazi-Ideologie wurde dieser Krieg als rassistischer Vernichtungsfeldzug gegen den „jüdischen Boschwismus“ propagiert. Entsprechend sollten die Regeln des Kriegsvölkerrechts seitens der Wehrmacht fortan nicht gelten, war der Terror gegen die jüdische und slawische Bevölkerung integraler Bestandteil der deutschen Kriegs- und Besatzungspolitik. Plan der deutschen Militärführung war es, ähnlich wie im Frankreichfeldzug, durch eine Blitzkriegskampagne bedeutende Einheiten der Roten Armee einzukesseln und die Großstädte im Westen der Sowjetunion durch schnelle Vorstöße

innerhalb weniger Wochen einzunehmen. Bekanntlich hatten sich die deutschen Militärs und ihre Nazi-Führung in ihrer Überheblichkeit verrechnet: Der Roten Armee gelang es, den raschen deutschen Vormarsch immer wieder erfolgreich zu behindern und abzubremsen, so dass schließlich im September und Oktober 1941 das deutsche Blitzkriegskonzept völlig zum Erliegen kam.

Anfang September standen die deutschen Truppen vor Leningrad, dem heutigen Petersburg. Am 4. September 1941 begann die Wehrmacht mit dem Artilleriebeschuss der Stadt, vier Tage später zog sie einen Belagerungsring um die Stadt an der Newa. Es folgte eine zweieinhalbjährige Blockade der Stadt, aufgrund der etwa 1,1 Millionen Bewohner Leningrads ihr Leben verloren. Die meisten dieser Opfer verhungerten, wobei der Massen-

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Niemand ist vergessen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Forts. Niemand ist vergessen	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2014
ist der 17. Januar.
Auslieferung am 23. Januar

► „Was ist der Mensch?“

Konzert zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Die Mezzosopranistin Annette Willing, Vorsängerin in der Jüdischen Liberalen Gemeinde Emet weSchalom in Felsberg (Nordhessen), singt liturgische Gesänge aus der Synagoge zum Totengedenken. Zu hören sind Werke von Ben Steinberg, Abraham Zwi Idelsohn, Max Goldstein, Lazare Saminsky und anderen Komponisten des 19. und 20. Jahrhunderts. Außerdem kommt vertonte Lyrik aus den Ghettos in Osteuropa von Alex Wolkowyski, Selma Meerbaum-Eisinger und Shaul Tchernichovsky zu Gehör. Begleitet wird die Sängerin von dem Pianisten Martin Forciniti.

Sonntag, 26. Januar 2014, 19 Uhr

Gemeindsaal der Reformierten Gemeinde, Untere Karspüle 11

Veranstaltet vom Bündnis „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus — 27. Januar“, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Projektwerkstatt „Spurensuche“ Hoher Hagen



tod durch Aushungerung, Erschöpfung und Kälte von der Wehrmacht gezielt einkalkuliert war. Trotz all dieser Entbehrungen und Nöte blieben die Leningrader standhaft und verteidigten erfolgreich ihre Stadt. Nach 900 Tagen der Belagerung durch die deutsche Wehrmacht wurde Leningrad am 27. Januar 1944 durch die Rote Armee befreit.

Der anstehende 70. Jahrestag der Beendigung der Blockade gibt Anlass, insbesondere der Opfer des Vernichtungskrieges, der sich unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ gegen die damalige

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Das kann man nicht erzählen ...

Aktion 1005 – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten.

Lesung, Vortrag und Diskussion mit dem Autor Jens Hoffmann

**Donnerstag, 9. Januar 2014, 19:00 Uhr
Gemeindesaal der Reformierten Gemeinde (Untere Karspüle 11)**

Im Januar 1942, nachdem die Rote Armee den Vormarsch der Wehrmacht auf Moskau gestoppt hatte, begann die nationalsozialistische Staatsführung Vorsorge zu treffen für den Fall ihrer Niederlage. Unter der Tarnbezeichnung „Aktion 1005“ ließ sie ab Frühjahr 1943 zahlreiche Kommandos aufstellen, die die Spuren deutscher Verbrechen nach einem immer gleichen Muster beseitigten: mehrheitlich jüdische Häftlinge wurden von Beamten des Sicherheitsdienstes (SD) und Ange-

hörigen nazideutscher Polizeieinheiten gezwungen, Massengräber zu öffnen, die Leichen aus den Gräbern zu holen und auf Scheiterhaufen zu verbrennen, bevor schließlich auch sie selbst ermordet wurden.

Gestützt vor allem auf Aussagen und Berichte der wenigen überlebenden Arbeitshäftlinge sowie auf Protokolle staatsanwaltschaftlicher Vernehmungen ehemaliger Kommandoangehöriger unternimmt diese Studie erstmals den Versuch, die von Deutschen und ihren Helfern während des Zweiten Weltkriegs begangenen Massenverbrechen und die Verwischung der Spuren dieser Verbrechen im Zusammenhang darzustellen.

In seinem Vortrag wird Jens Hoffmann einen Überblick zur Organisation und Praxis, zu den Tätern, Tatorten sowie zur juristischen und historiographischen

Aufarbeitung der „Aktion 1005“ geben. Als Ergänzung liest der Autor aus seinen beiden Büchern zum Thema, die den unterschiedlichen Blick von Überlebenden und Tätern auf die Verbrechen der „Aktion 1005“ verdeutlichen.

Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) Göttingen und die VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen, im Rahmen der Bündnisreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“.

passender Litertaturtip:

Jens Hoffmann „Das kann man nicht erzählen“ - „Aktion 1005“ – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten. Konkret Verlag, Hamburg 2008.

Jens Hoffmann „Diese außerordentliche deutsche Bestialität“ - Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten – Augenzeugenberichte und Gespräche.

Konkret Verlag, Hamburg 2013.

► Kriegsverbrechergeneral aus Göttingen

**„Ungesühnte Kriegsverbrechen. Der Göttinger General Hoßbach als Täter im Vernichtungskrieg der Wehrmacht“
Vortrag und Diskussion mit dem Soziologen Dr. Martin Heinzelmann.**

**Mittwoch, 22. Januar 2014, 19:00 Uhr
Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde (Angerstraße 14)**

In Göttingen wurde der Erinnerungskult an die Wehrmacht maßgeblich vom ehemaligen General Friedrich Hoßbach geprägt. Zahlreiche Prominente und Tausende von Menschen nahmen an diesen wehrmachtsverherrlichenden Veranstaltungen im Nachkriegsdeutschland teil. Doch von der Beteiligung deutscher

Soldaten am Vernichtungskrieg konnte man dort nichts erfahren. Dieser Teil der Geschichte blieb bewusst ausgeblendet. Der Soziologe Martin Heinzelmann zeigt in seinem Vortrag auf, dass General Hoßbach nicht nur Mitwisser, sondern selbst Mittäter war. Hoßbach hatte auf dem Territorium der damaligen Sowjetunion verschiedene hohe Kommandostellen inne. In seinem Befehlsbereich waren Terror gegen die Zivilbevölkerung und die Verschleppung von Zwangsarbeitern an der Tagesordnung. Neben einem kurzen Überblick über die verbrecherische Kriegsführung wird seine bisher weitgehend unbekannte Beteiligung an der „Operation Zwillinge“ im März 1944 näher erläutert. Beim weißrussischen Dorf Osaritschi beispielsweise trieb Hoßbachs 56. Panzerkorps in Zusammenarbeit mit dem

SS-Sonderkommando 7a über 40.000 „arbeitsunfähige Zivilisten“ zusammen. Binnen einer Woche waren fast 8.000 von ihnen ermordet.

Mit der Veranstaltung wollen wir erneut öffentlich machen, in welcher Form und Dimension auch Göttinger Wehrmachtseinheiten aktiv an der grausamen Vernichtungspolitik gegen jüdische und slawische Bevölkerung auf dem Gebiet der Sowjetunion beteiligt waren. Wir wollen damit auch den immer noch wabernden Nebelschleier einer vermeintlich „ehrenwerten Wehrmacht“ lüften und zu einer kritischen Betrachtung der hiesigen regionalen Militärgeschichte beitragen.

Veranstalter: VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen, im Rahmen der Bündnisreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung Am Dienstag, den 14. Januar 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Ein Sieg für ganz Afrika

Auszug aus der Rede Nelson Mandelas am 26. Juli 1991 in Matanzas zur Feier des 38. Jahrestages des Beginns der Kubanischen Revolution

Das kubanische Volk nimmt einen besonderen Platz in den Herzen der Völker Afrikas ein. Die kubanischen Internationalisten haben einen Beitrag zu Afrikas Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit geleistet, zu dessen prinzipiellem und selbstlosem Charakter es keinen Vergleich gibt. Von ihren frühesten Tagen an war die Kubanische Revolution eine Inspirationsquelle für alle freiheitsliebenden Menschen. Wir bewundern die Opfer des kubanischen Volkes bei der Sicherung seiner Unabhängigkeit und Souveränität angesichts einer bössartigen, imperialistisch orchestrierten Kampagne zur Zerstörung der eindrucksvollen Errungenschaften, die in der Kubanischen Revolution erreicht wurden. (...)

Das erste Mal hörte ich im Gefängnis von der massiven Unterstützung, welche die kubanischen Internationalisten dem Volk Angolas leisteten – in einem solchen Ausmaß, daß man zögerte, es zu glauben, als die Angolaner den vereinten Angriff Südafrikas, der CIA-finanzierten FNLA, von Söldnern, der UNITA und Truppen Zaires 1975 erlebten.

Wir in Afrika sind es gewohnt, Opfer von Ländern zu sein, die unser Land zerstückeln oder unsere Souveränität untergraben wollen. Es gibt keine Parallele in der Geschichte Afrikas dazu, daß ein anderes Volk sich erhebt, um uns zu verteidigen.

Wir wissen auch, daß diese Aktion in Kuba populär war. Wir sind uns dessen bewußt, daß jene, die in Angola kämpften und starben, nur ein kleiner Teil jener waren, die sich freiwillig meldeten. Für das kubanische Volk ist Internationalismus nicht einfach ein Wort, sondern etwas, das – wie wir gesehen haben – prakti-

ziert wird zum Nutzen großer Teile der Menschheit.

Wir wissen, daß die kubanischen Streitkräfte die Absicht hatten, kurz nach Abwehr der Invasion von 1975 abzuziehen, aber die fortgesetzte Aggression Pretorias machte das unmöglich.

Ihre Anwesenheit und die Stärke Ihrer Streitkräfte in der Schlacht von Cuito Cuanavale (Januar und Februar 1988, jW) war von wahrhaft historischer Bedeutung. Die vernichtende Niederlage der Rassistenarmee bei Cuito Cuanavale war ein Sieg für ganz Afrika! Die erdrückende Niederlage der Rassistenarmee bei Cuito Cuanavale ermöglichte es Angola, Frieden zu erlangen und seine eigene Souveränität zu festigen! Die Niederlage der Rassistenarmee erlaubte es dem kämpfenden Volk Namibias, endgültig seine Unabhängigkeit zu erreichen! Die entscheidende Niederlage der Apartheidaggressoren zerbrach den Mythos von der Unbesiegbarkeit der weißen Unterdrücker! Die Niederlage der Apartheidarmee war eine Inspiration für das kämpfende Volk innerhalb Südafrikas! Ohne die Niederlage von Cuito Cuanavale wäre das Verbot unserer Organisationen nicht aufgehoben worden! Die Niederlage der Rassistenarmee bei Cuito Cuanavale hat es mir ermöglicht, heute hier zu sein! Cuito Cuanavale war ein Meilenstein in der Geschichte des Kampfes für die Befreiung des südlichen Afrika! Cuito Cuanavale war ein Wendepunkt im Kampf um die Befreiung des Kontinents und unseres Landes von der Geißel der Apartheid! (...)

Es ist gut bekannt, daß die Antwort des Staates auf unsere legitimen demokratischen Forderungen u. a. war, unsere

Führung des Hochverrats anzuklagen und zu Beginn der 1960er Jahre rücksichtslose Massaker zu begehen. Dies und das Verbot unserer Organisationen ließ uns keine Wahl außer der, das zu tun, was jedes sich selbst respektierende Volk getan hat, einschließlich der Kubaner – zu den Waffen zu greifen und unser Land von den Rassisten zurückzugewinnen.

Ich muß sagen: Als wir zu den Waffen greifen wollten, wandten wir uns wegen Unterstützung an eine Reihe westlicher Regierungen, und wir sahen nie jemand anders als untergeordnete Beamte. Als wir Kuba besuchten, wurden wir von den höchsten Repräsentanten empfangen, und uns wurde sofort angeboten, was wir brauchten und benötigten. Das war unsere erste Erfahrung mit kubanischem Internationalismus. Obwohl wir zu den Waffen griffen, war das nicht unserer Vorliebe dafür geschuldet. Es war das Apartheidregime, das uns zwang, das zu tun. Unsere Präferenz war stets eine friedliche Lösung des Apartheidkonflikts. (...)

Rede Nelson Mandelas bei der Kundgebung in Matanzas aus Anlaß des 38. Jahrestages des Beginns der Kubanischen Revolution am Freitag, dem 26. Juli 1991.

Aktuelle Situation in Nicaragua

Bei der kommenden Mitgliederversammlung am **14.01.2014** wird Manfred Bienert aus Managua, Nicaragua anwesend sein und über die aktuelle Situation in Nicaragua berichten. **14.01.2014, 20 Uhr, Berliner Hof, Weender Landstraße 43, 37075 Göttingen.**

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Hans-Dieter v. Frieling war zu Besuch bei der DKP

Zu „Grenzen kommunaler Wohnungspolitik“ referierte H.-D.v. Frieling am 29. November im Holbornschen Haus und er zeigte auf, dass der kommunale „Wohnungsmarkt“ nicht etwa existiert, um ein imaginäres „Recht auf Wohnen“ zu gewährleisten, sondern selbst die Kommunen bestrebt sind, Geldanlegern attraktive Verwertungsbedingungen zu bieten.

Der Soziale Wohnungsbau (1959 bis 2002) wurde durch die RotGrün-Regierung komplett eingestellt. Nach v. Frieling stagnierte der Wohnungsmarkt bis etwa 2010 fast komplett, die Kapitaleigner hatten ihr Geld in andere Märkte investiert - bis die Nachfrage vor allem in Ballungsgebieten wieder anstieg. Damit stiegen auch die Mietpreise: Um bis zu 20 %, in Göttingen immerhin rd. 13 % im Durchschnitt. Peter Ramsauer, MdB und Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung frohlockte 2011: Die Preissteigerungen seien OK, jetzt lohnt es sich neu zu bauen. Fazit: So lange der „Markt“ dem Kapitalanleger keine ordentliche Kapitalverwertung anbietet, wird auch nicht investiert. Und das hat Folgen auf den Haushalt der Mieter: Bis zu 40 % von 1000 oder auch / 1500 Euro Monatseinkommen für Miete zu zahlen, ist normal.

Die politische Ebene hat bei einer solchen Grundhaltung eigentlich drei

Möglichkeiten hier einzugreifen, wenn die soziale Lage (und die entsprechende Gegenwehr) dies erfordert: a) Die Erhöhung des Angebots durch „eigene“ Wohnungsgesellschaften, b) der Erlass von Preisregeln und c) die Zuteilung beeinflussen.

Bei der Angebotserhöhung weist die Kommune innerstädtisches Bauland aus, was aber kompliziert ist, da die Flächenknappheit wiederum den Preis des Baulandes in die Höhe treibt. Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit der Erschließung, die die Kommunen vorschießen müssen. Dabei muss auch noch die richtige Menge Bauland für ca. 20 Jahre im Voraus geschätzt werden.

Die Festsetzung von Preisregeln, im allgemeinen über eine Bauleitplanung mit festen Mietpreisen (s. Frankfurt und München) herzustellen oder „soziale Erhaltungsregelungen“, die aber gerichtsfeste Begründungen haben müssen (s. Schanzenviertel in HH), schaffen hier eine „Entspannung“, die allerdings in der Regel nur befristet gegen das Eigentum durchgesetzt werden kann.

Die Beeinflussung der Wohnungszuteilungen wird heute im Allgemeinen mit der Bezahlung für Belegungsrechte durch die Kommunen geregelt. Hier bezahlen die Kommunen Wohnungen, die sie selbst z.B. an Wohngeldbezieher, Sozialhilfeempfänger oder Asylbewerber weiter „vermietet“ bzw. zur Verfügung stellt.

Auch der Bund hat jetzt reagiert: Er stellt 1/2 Milliarde Euro „Objektförderung“ zur Verfügung! Was für eine Zahl im Verhältnis zu 15 Milliarden Wohngeldzahlungen pro Jahr! Und: Es soll eine Kappungs-

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 07. Januar, 20.00 Uhr

Thema: Zur Historie der Europäischen Union EU mit Jörg Miehe

Dienstag, 21. Januar, 20.00 Uhr

Die SDAJ-Kampagne 2014 in Göttingen – Planung & Aktion mit J.v.A.

grenze bei Neuvermietung geben: Nur noch max. 5% jährlich! Wo gibt es solche Lohnsteigerungen?

Deutlich wird, dass das Grundeigentum gesetzt ist, dass nicht angetastet werden soll. Mit Grundeigentum ein Einkommen erzielen – ohne etwas zu leisten: Keine Leistung – ein Rechtstitel!

Ein kleiner Ausflug in die Geschichte beleuchtete das Prinzip noch einmal: Im „roten Wien“, dem Wien der 20er Jahre wurden in kürzester Zeit (1923-1928) rd. 55.000 günstige Wohnungen gebaut, Mieterschutzgesetze erlassen, Luxussteuer eingeführt und Mieteinnahmen besteuert. Die Herstellungskosten konnten durch eigene Baufirmen gesenkt werden und die Bodenpreise fielen durch eine geringere Nachfrage (siehe Steuer auf Einnahmen). Herrlich erfrischend die Begründung der damaligen österreichischen Sozialdemokratie: Österreich sei exportabhängig und dazu seien niedrige Löhne nötig und deshalb müssen billige Wohnungen her! Erkenntnis: Wirtschaftswachstum ist der Maßstab für Mieten - nicht das Bedürfnis des Menschen. (Übrigens: 1932 war dann jedoch das Ende vom Roten Wien – Das Kapital hatte sich durchgesetzt!)

Fazit des Referenten: Eine Lösung der Wohnungsfrage ist unter Kapitalverwertungssicht nicht möglich, nur die Überwindung des Eigentum birgt hier grundsätzliche Möglichkeiten!

(hg/gs)



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung von IN Grone e.V.

▶ Unterstützung für Jugendtreffpunkt Grone Süd beschlossen

Am 20. November 2013 trafen sich die Mitglieder des „Vereins für interkulturelle Nachbarschaft in Grone e.V.“ im Nachbarschaftszentrum Grone zu ihrer satzungsgemäßen Mitgliederversammlung. Neben den Vereinsmitgliedern hatte der Vorstand im Vorfeld auch Gäste eingeladen und sie gebeten, über aktuelle Projekte in Grone zu berichten.

So begann Frau Mörz von der Tagesstätte Trialog mit der Vorstellung ihres neuen Angebotes in der Harzstraße 15. Hier wurde zu Beginn des Jahres der Bäckereiverkauf „Zubrot“ eröffnet. Gemeinsam mit der Bäckerei Thiele wurden

Arbeitsgelegenheiten für Menschen mit seelischer und psychischer Behinderung geschaffen. Neben frischer Backware werden in erster Linie Backwaren von gestern zum halben Preis angeboten. Alle Waren werden von der Bäckerei Thiele geliefert. Geöffnet ist „Zubrot“ dienstags bis samstags von 9.00 bis 15.00 Uhr.

Im Moment gar nicht geöffnet hat der Jugendtreffpunkt Grone Süd. Darüber berichteten Stefanie Clemens, Heike Rohlfing, Boris Weißmann vom Team des Jugendtreffs. Nach 25 Jahren wurden die Baracken im Elmpark im August diesen Jahres abgerissen und mit einem Neubau

begonnen, der Anfang 2014 fertig sein soll, so dass die Jugendarbeit in Grone schnell wieder voll aufgenommen werden kann. Die drei Sozialpädagogen stellten den Vereinsmitgliedern die Baupläne vor, zeigten erste Bilder vom Rohbau und berichteten vom Stand der Bauarbeiten.

Anschließend standen die Formalia der Vereinsarbeit auf der Tagesordnung: Rückblick auf die Aktivitäten seit der letzten Mitgliederversammlung, Vorhaben für die Zukunft, der Kassenbericht und die Entlastung des Vorstandes.

Ein Ergebnis der abschließenden Diskussion war der einstimmige Beschluss, den Neubau bzw. die Ausstattung des Jugendtreffpunktes Grone Süd mit bis zu 500 Euro zu unterstützen.

Mit einem kleinen, aber sehr leckerem Snack, den einige Vorstandsmitglieder vorbereitet hatten, endete diese Mitgliederversammlung.

(ml)

IN Grone auf dem Weihnachtsmarkt

Der 18. Groner Weihnachtsmarkt wurde wieder von Gitta Waldmann eröffnet, die darauf hinwies, dass dieser nun „volljährig“ sei. Der stellvertretende Ortsbürgermeister Wolfgang Thielbörger bedankte sich denn auch bei ihr für ihr bürgerschaftliches Engagement und erwähnte in diesem Zusammenhang auch Hendrik Falkenberg von den Grobianen für dessen Unterstützung.

Von Beginn an waren die Grobiane, in den letzten Jahren war es mehr der Verein IN Grone, beim Weihnachtsmarkt dabei; anfangs mit einem Dart-Spiel. Heute hat IN Grone die Versorgung mit Bratwürstchen und Glühwein übernommen, nachdem sich die SPD vor ein paar Jahren vom Weihnachtsmarkt zurückgezogen hatte. (gs)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Versammlung der Delegiertenwahlkreise Göttingen, Northeim und Osterode zur Wahl der VertreterInnen für die Bundesvertreterversammlung zur Europawahl und zur Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag 2014/15

am Freitag, 10.01.2014, um 18:30 Uhr im Roten Zentrum

Tagesordnung:

1. Konstituierung
2. Wahl einer weiblichen Delegierten für den Bundesparteitag (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
3. Wahl einer Delegierten / eines Delegierten für den Bundesparteitag (gemischte Liste)
4. Wahl der weiblichen Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
5. Wahl der Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag (gemischte Liste)
6. Wahl einer weiblichen Delegierten für die Bundesvertreterversammlung (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
7. Wahl einer Delegierten / eines Delegierten für die Bundesvertreterversammlung (gemischte Liste)
8. Wahl von weiblichen Ersatzdelegierten für die Bundesvertreterversammlung (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
9. Wahl von Ersatzdelegierten für die Bundesvertreterversammlung (gemischte Liste)

Eine Einladung wurde bereits verschickt!

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 22. Januar 2014, 19 Uhr, Rotes Zentrum, Saal der Roten Hilfe

Tagesordnung (Vorschlag):

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Rechenschaftsbericht des OV-SprecherInnenrates
3. Zukünftige Themen der Ortsverbandes
4. Neuwahl des OrtssprecherInnenrates:
 - 4.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
 - 4.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
 - 4.3. Wahl der gemischten Liste
5. Schwerpunktthema
6. Verschiedenes
7. Mitteilungen und Termine

OV Hann. Münden Wahlversammlung und Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen. (vgl. Adressenspalte)

OV Adelebsen-Bovenden Mitgliederversammlung

Termin bei Oliver Preuß erfragen

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 16. Januar, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

Themen: Aktuelles aus Samtgemeinderat und Kreistag (mit Eckhard Fascher), Bürgermeisterwahl

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Ökologische Plattform

Freitag, 17. Januar, 17 Uhr im Roten Zentrum

Weitere Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise.

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:

webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solid@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS

Florian Gruhl,

E-Mail: florian.gruhl@wpl

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de

oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,

Tel. 05 51-5 31 15 63,

patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik

Uli Eberhardt

ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,

Festnetz: 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de oder

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial In der letzten Ratssitzung des Jahres gab es nur wenige Anträge, dafür zwei der GöLi-Ratsfraktion zu den Themen ‚Dritte IGS‘ und ‚Gegen das Singen nationalsozialistischer Lieder durch Göttinger Burschenschaften‘, lediglich die Grünen stellten einen weiteren Antrag und es gab einen interfraktionellen Antrag. Zu Beginn der Sitzung wurde auf Betreiben unserer Fraktion eine Gedenkminuten zum Tod von Nelson Mandela abgehalten. Und zu guter Letzt wurde das Alkoholverbot in der Nikolaistraße nicht verlängert.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

TOP 6 Offene Standortdiskussionen für dritte IGS in Göttingen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt weitere Standorte für die Einrichtung einer mindestens vierzügigen, möglichst fünfzügigen dritten IGS zu untersuchen und diese Möglichkeiten im Schulausschuss und im Arbeitskreis vorzustellen. Dabei sind die demographischen Entwicklungen, siehe auch Gutachten der Projektgruppe Bildung und Region zur Nachfrage nach gymnasialen Schulplätzen in der Sekundarstufe I, zu berücksichtigen.

Auszüge aus der Rede von Gerd Nier: „...als im April dieses Jahres mit Einbringung und Diskussion des Gutachtens zur Schulentwicklung in der Stadt die Mehrheit des Schulausschusses damit sofort die Standortfestlegung einer dritten IGS in Göttingen in der Voigt- Realschule in Weende verband, haben wir vor einer vorschnellen Entscheidung gewarnt. Wir wollten erst einmal die konzeptionelle, inhaltliche Planung vorantreiben und dann auf dieser Grundlage über möglicherweise verschiedene Standortmöglichkeiten zu beraten, um den sinnvollsten auszuwählen...“

Die inhaltliche Planung einer dritten IGS ist auch nach unserer Einschätzung gut vorangekommen. Eine Expertenkommission hat, wie Prof. Dr. Veith betonte, die Leitplanken für eine Planungsgruppe erarbeitet. Es gibt ein Rahmenkonzept für eine neue Schule, zwei Diskussionsforen m, it Workshops und Bürgerbeteiligung und weitere Fortschritte. Und nun stockt es leider.

Wir haben der Schulverwaltung vertraut, als sie die Behandlung unseres Antrages bis in den April verschob, um einen hochkarätigen Beirat installieren zu können. Nun stehen wir vor dem Ergebnis, dass die Einrichtung zum vorgegebenen Zeitpunkt gescheitert ist. Leidtragende sind an erster Stelle die wieder einmal abzuweisenden Kinder und Eltern.“ Leider wurde dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. Die CDU fand unseren Antrag ‚ideologisch‘, was nicht überrascht. Was jedoch die Haltung der Grünen dabei ist - verstehe wer will, wir nicht.

TOP 7 Kein Singen von nationalsozialistischen Liedtexten durch Göttinger Burschenschaften

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen missbilligt die in einigen Verbindungshäusern wiederholt stattfindenden Alkoholexzesse mit ihren teilweise widerlichen Begleiterscheinung. Er fordert die betroffenen Verbindungen unmissverständlich dazu auf, dies abzustellen. Der Rat verurteilt auf das Schärfste das von verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern gemeldete Absingen von Liedern und Liedtexten aus dem Liedgut der Nationalsozialisten.

Die Verwaltung wird aufgefordert durch das Ordnungsamt im Zusammenwirken mit der Polizei, Rechtsverletzungen wie z.B. wiederholte nächtliche Ruhestörung und die Missachtung von Privateigentum mit allen gebotenen Mitteln zum Schutze von Anwohner/innen zu unterbinden.

Aus der zugehörigen Rede von Gerd Nier: „Nach Veröffentlichung der lokalen Presse über das Wiederaufleben des sogenannten Bullerjahns im ehemaligen Ratskeller erreichten uns vermehrt Hinweise und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über ihre doch teilweise mehr als unangenehmen Erfahrungen insbesondere als Nachbarn einiger Verbindungshäuser. Aber auch aus den Leserbriefen der letzten Wochen konnten teilweise drastische Schilderungen über das Verhalten einiger Burschenschaftsvertreter entnommen werden. Ich betone hier noch einmal ausdrücklich, wir wollen mit unserem Antrag nicht den Stab über alle studentischen Verbindungen Treffen. Zugegeben, wir stehen vielen von ihnen wegen ihrer anachronistischen Ritualen, ihres befremdlichen Frauenbildes und ihres teilweise elitären Gebarens deutlich skeptisch gegenüber. ... Erschüttert und aufgerüttelt haben uns aber Berichte mehrerer Menschen, dass in einigen Fällen das Horst-Wessel-Lied laut und provokant gesungen oder eher gegrölt wurde. Auch vom Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes wurde uns berichtet... Dies alles geht weit über das Maß hinaus, was mit Spaß und Lebensfreude junger Menschen bezeichnet werden kann. Solches Verhalten muss unterbunden werden und im Wiederholungsfalle auch geahndet werden.“ Ohne die Stimmen der Piraten wurde unser Antrag mehrheitlich angenommen und der Rat setzte so ein Zeichen gegen nationalsozialistisches Gedankengut in einigen Göttinger Burschenschaften.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

▶ **Die internationale Vereinigung der Krokodile (und die Göttinger Linke) distanzieren sich von den Tränen der Ratsfraktionen von SPD und Grünen** (etwas abgewandeltes Zitat eines unbekanntenen Autors)

Sie haben gemeinsam – ohne Ausnahme – den sogenannten Zukunftsvertrag verabschiedet und ihn gegen kritische Stimmen in den höchsten Tönen verteidigt und gepriesen. Klar doch, dass ihnen dieser Vertrag nun bei jeder auch noch so kleinen Entscheidung, die Geld kosten könnte, insbesondere aus dem Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen, bei jeder Gelegenheit von der Verwaltung „um die Ohren gehauen wird“.

Und so können wir schon nach einem Jahr der Verabschiedung des auf gut zehn Jahre angelegten Vertrages die erschütternden Klagen hören und die Krokodilstränen fließen sehen. Beispiel: Die Grüne Ratsfrau Rahima Valena fordert in einer Presseerklärung zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen die „bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern“. Recht hat sie.

Aber leider hat ihre eigene Fraktion in den letzten Haushaltsberatungen selbst eine moderate Erhöhung um etwas mehr als die übliche Preissteigerungsrate für das Göttinger Frauenhaus abgelehnt. Leider lässt sich wegen der Verabschiedung eines Doppelhaushaltes dann erst 2015

erkennen, ob sich die Grünen tatsächlich besonnen haben. Aber, wie gesagt, der Vertrag gilt noch über 2020 hinaus.



Beispiel: Da beklagt sich die SPD Ratsfrau und stellvertretende Bürgermeisterin Bebehani in einem Interview des Stadtradios darüber, dass frau/mann im Jugendhilfe- und Sozialbereich kaum mehr wirklich was bewegen kann. Der Stadtjugendring mit seinen Jugendverbänden, die Jugendhäuser und Jugendzentren,

Stellungnahme des Stadtjugendrings:

Mangelnde Finanzierung des Stadtjugendrings

Der Stadtjugendring (SJR) ist seit Jahren unterfinanziert. Für die 2008 mit der Stadt abgeschlossene Zielvereinbarung bekommt der SJR einen jährlichen Zuschuss i.H.v. nur 60.000 Euro. Für die Erfüllung dieser Vereinbarung wären 2008 mind. 80.000 Euro mit jährlicher Steigerung notwendig gewesen. Zur Umsetzung der vereinbarten Aufgaben legt der SJR jährlich etliche tausend Euro aus Eigenmitteln drauf. Jetzt sind diese Rücklagen allerdings aufgebraucht. Um fatale Einschnitte in die Unterstützungsstruktur für Ehrenamtliche zu vermeiden sind mind. 100.000 Euro jährlich notwendig.

Jugendarbeit und Förderung der Jugendverbände ist eine Pflichtleistung nach §11 und §12 SGB VIII. Engagierte junge Menschen vermitteln den Kindern und Jugendlichen dabei Spaß, Lebensfreude und Demokratie.

Dies sollte unserer Gesellschaft (auch finanziell) etwas wert sein!

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de
SprecherInnenkreis:
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Gerd Nier,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

Termin: Mo., 29.1., 19.00 Uhr

Neues Rathaus, Raum 112,

Thema:

e-on - Rückkauf (Referent angefragt).

Als Gast geladen: Peter Kasten

Präventionsprojekte etc. können ein Lied davon singen.

Wir können in das Gejammere vorerst noch einzelner, vermutlich aber in absehbarer Zeit immer mehr werdender Ratsmitglieder der Mehrheitsfraktionen nicht einstimmen. Haben sie doch unsere Argumente und Warnungen vor der eigenen „Entmündigung“ noch vor Kurzem als „billige Polemik“ bezeichnet und das EHP als „alternativlos“ gekennzeichnet.

Leider muss nicht der Rat in letzter Konsequenz „die Suppe auslöffeln, die er sich eingebrockt hat“, sondern letztlich sind es die Bürgerinnen und Bürger, die den Preis für diese Fehlentscheidung zahlen müssen.

(gn)

LINKES Regionstreffen:

► Wie weiter mit SGB II in der Kommune

Seit 2010 hatten Südniedersachsen-Treffen zu regionalpolitischen Themen stattgefunden. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Fusion der Kreise Göttingen und Osterode zum Jahr 2016 sowie einer möglichen späteren Erweiterung um den Kreis Northeim wurde dieser Dialog nach einer 1,5 Jahre dauernden Pause am 30. Oktober im Naturfreundehaus wieder aufgenommen: Vierzehn Genossinnen und Genossen aus den drei Kreisen, die Hälfte davon Mandatsträger_innen oder Fraktionsmitarbeiter diskutierten über die Umsetzung des SGBII (Hartz IV) in den einzelnen Kreisen. Dabei ist im Gegensatz zu Göttingen und Osterode, der Kreis Northeim keine Optionskommune. Hier kann also von Seiten des Kreises kein Einfluss auf die Umsetzung genommen werden kann.

Ein Hauptproblem für die Betroffenen sind dabei aktuell die Absenkung der Erstattung der Mietkosten, insbesondere in Göttingen und damit verbunden erste Aufforderung zu Umzügen wegen „nicht angemessener Mietkosten“ sowie eine unzureichende Heizkostenerstat-

tung. Dies betrifft insbesondere auch Alleinerziehende und Behinderte, deren Mehrbedarf beim Wohnen nicht mehr anerkannt wird.

Es wird aber damit gerechnet, dass das Miet-„Gutachten“ noch 2014 vom Sozialgericht gekippt wird: Für diesen Fall wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, endlich wieder die Wohngeldtabelle mit einem Aufschlag von + 10 Prozent anzuwenden. Neue Gutachten werden abgelehnt. Die Erstattung der Heizkosten soll in voller Höhe aufgrund der sehr unterschiedlichen Wohnverhältnisse übernommen werden. Eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere in der Stadt Göttingen wird als absolut notwendig erachtet.

Als weitere Probleme kommen hinzu:

- Eine rechtswidrige oder falsche Anrechnung von Einkommen,
- die Aufforderung an Schüler zur Teilnahme an Beratungsgesprächen bzw. gar zum Bewerbungstraining
- Rechtswidrige Sanktionen

Da von Seiten der SGB-II-Mitarbeiter keine wirkliche Beratung der Betroffenen stattfindet, sind unabhängige Beratungsstellen eine absolute Notwendigkeit. Die Göttinger Beratungsstellen sind aber alljährlich vom Wegfall der Zuschüsse bedroht. In Osterode, wo es bisher keine Beratungsstellen gibt, wird deren Notwendigkeit (spätestens 2016 wegen der Kreisfusion) gesehen.

Zum Integrationsbudget wurde festgestellt, dass die Trainingsmaßnahmen aufgrund knapper Mittel zu Gunsten der echten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zurück gefahren werden sollen. Völlig verheerend für die Betroffenen ist der Wegfall der ABM (bzw. Entgeltvariante) und der weitestgehenden Ausfall der Beschäftigungszuschüsse durch Bundesgesetz.

Außerdem wird es als wünschenswert erachtet, SGB-II-Bescheide nicht mehr halbjährlich, sondern für ein ganzes Jahr zu erstellen.

Die Reihe der kommunalpolitischen Regionstreffen, die übrigens vom LINKEN Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen organisiert werden, soll im Februar mit dem Thema Öffentlicher Nahverkehr fortgesetzt werden.

► Eine Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertieft und lobbyhörig ist

Von Gregor Gysi

Was lange währt, wird eben nicht immer gut. Die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem wahrscheinlich längsten Finale haben ein erbärmliches Ergebnis gebracht: eine Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertieft und lobbyhörig ist. Die Koalition von CDU/CSU und SPD ist nicht nur von dem Politikwechsel, den die SPD im Wahlkampf versprochen hat, himmelweit entfernt, sondern sie setzt im Kern die Politik von Schwarz-Gelb fort, ergänzt um Sonderwünsche von Horst Seehofer und mit schwerwiegenden Abschlüssen für den Osten. Dies ist eine große Koalition, die ganz kleines Karo bringt und in wichtigen gesellschaftlichen Fragen nichts anderes als Stillstand produziert.

Ich bin gespannt, wie die SPD-Basis damit umgehen wird, dass ihr Wahlprogramm sich bestenfalls als Randnotiz wiederfindet. Dem Land droht nun eine vier Jahre währende Verwaltung des Status quo ohne Zukunftsimpulse mit fortschreitender sozialer Ungerechtigkeit. In den kommenden vier Jahren werden in Deutschland die Reichen noch reicher und die Armen noch zahlreicher werden. Großkonzerne und Unternehmerlobby haben dieser Koalition ihren Stempel schon aufgedrückt, bevor sie zu regieren beginnt. Wenn sich die Konjunktur nicht wie gewünscht entwickelt, bleibt von den Koalitionsvorhaben nichts übrig, weil sich die Union einer zukunftsfähigen Finanzierung der Staatsaufgaben durch mehr Steuergerechtigkeit verschließt.

Ein Koalitionsvertrag unterm Diktat der Unternehmerlobby

Mindestlohn soll erst 2015 und komplett frühestens 2017 kommen, die Ausnahmen für Tarifverträge mit niedrigen Mindestlöhnen treffen vor allem den Osten, aber auch den Westen und bedeuten, dass es in vielen Branchen und vor allem im Osten eben gerade keinen Mindestlohn von 8,50 Euro geben wird. Dass es eine erste Anpassung erst 2018 geben soll ist blanke Realitätsverweigerung. Danach wird der Mindestlohn 2017, wenn er dann wirklich für alle gelten soll, noch 8 Euro wert sein. So kann man Niedriglohn nicht bekämpfen.

- Keine Begrenzung der Managergehälter
- Keine Steuergerechtigkeit
- Rückstellungen der Atomkonzerne zur Bewältigung des Ausstiegs bleiben in der Verfügung der Konzerne, Verzicht

(...) Fortsetzung auf Seite 11

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 13 – Dezember 2013

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

In der letzten Kreistagssitzung des Jahres ging es wie immer um die Verabschiedung des Haushaltes für das kommende Jahr. Natürlich war auch diese Kreistagssitzung wieder eine historische, diesmal aber immerhin aufgrund einer Entscheidung für eine Rekommunalisierung.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 39 – Haushalt 2014

Als positives Signal kann gewertet werden, dass in den Haushalt für das kommende Jahr 100.000 Euro für den Aufbau der Zwangsarbeiterausstellung eingestellt wurden. Selbstverständlich wird dieser Betrag nicht ausreichen, um einen angemessenen Rahmen für eine dauerhafte Ausstellung zu realisieren. Hier gilt es, am Ball zu bleiben, obgleich niemand im Kreistag die Grundsatzentscheidung für eine Dauerausstellung infrage stellt, der SPD-Fraktionsvorsitzende sprach gar von einer „Herzensangelegenheit“. Lediglich die Frage des Ausstellungsortes bereitet noch Kopfzerbrechen. Zwar gibt es eine von vielen Initiativen getragene Forderung nach einer Realisierung in der BBS II, aber auch dieser Standort ist nicht als optimal zu werten. In jedem Fall aber muss 2014 endlich eine Lösung gefunden werden.

Ansonsten war die Haushaltsdebatte von einer außerordentlichen Zufriedenheit auf Seiten der Mehrheitsfraktionen geprägt. Warum eigentlich? Sicher, durch die Auszahlung der Fusionsprämie verschwindet ein Großteil der Kassenkredite, aber der sog. „Zukunftsvertrag“ unterwirft den Landkreis ebenso einem harten Spardiktat, wie die langjährig betriebene allgemeine Trockenlegung der Kommunalfinanzen – lediglich 1,5 Prozent stehen noch für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Sinnvolle und für manche Initiativen auch notwendige Mehrausgaben – auch wenn es sich nur um wenige Tausend Euro handelt – sind nur mit mehr oder weniger unsinnigen Kürzungsvorschlägen umsetzbar.

Demzufolge wurden von unserer Seite nur wenige Anträge gestellt: wie jedes Jahr forderten wir die Erhöhung der Jagdsteuer, die Einstellung von Haushaltsmitteln zur Vorbereitung des völlig unsinnigen Güterverkehrszentrums IV bei Lenglern/Holtensen wurde von uns abgelehnt, ebenso der Bau eines umstrittenen Verkehrskreisels in Hann. Münden. Auch sollte von unserer Seite darauf hingewiesen werden, dass der Personalrat wieder das Benehmen nicht hergestellt hat, eine weiterer Grund für unsere ablehnende Haltung.

Interessant war auch zu hören, dass Herr Adam von der CDU den scheidenden Kreisrat Wucherpfennig dafür lobte, eine vorbildliche Arbeit bei der Integration von Arbeitslosen geleistet zu haben. Es stellt sich nur die Frage, was genau damit gemeint sein soll. Vor dem Hintergrund, dass kaum noch Gelder für Integrationsmaßnahmen zu Verfügung stehen ist dieses Lob wohl so zu verstehen, dass eine Politik die auf Druck und Sanktionen setzt und Kürzungen beim Existenzminimum der Betroffenen gutheißt, aus Sicht der neoliberalen Einheitsparteien der einzig richtige Weg ist, um „die Arbeitslosen“ wieder in Beschäftigung zu bringen. Irgendetwas Positives kann (und will) man ihnen nicht anbieten.

TOP 40 – Rückkauf EON Mitte

Bereits seit einem Jahr in Vorbereitung und nun beschlossene Sache ist der Rückkauf von Anteilen der EON Mitte AG – der ehemaligen und zukünftigen EAM – durch den Landkreis Göttingen, der Stadt Göttingen und elf weitere Landkreise. Selbst unser Landrat wies in seiner Rede darauf hin, dass die Stromversorgung nicht dem freien Markt überlassen werden dürfe, sondern Teil der Daseinsvorsorge ist. Problematisch sei allerdings, dass der Vertrieb nicht mit zurück veräußert werde. Mit dem Rückkauf des Netzes könne zudem der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden.

Eckhard Fascher sagte für DIE LINKE, dass es sich um einen Teil der Daseinsvorsorge handele und betonte, dass die Rekommunalisierung einer öffentlichen Aufgabe eine Selbstverständlichkeit sei. Die Verfügungsgewalt über das Leitungsnetz schaffe Möglichkeiten und sei im Zusammenhang mit dem integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises Göttingen (**TOP 49**) zu sehen. In diesem wird u.a. das Ziel formuliert, der Landkreis solle bis 2030 den Stromverbrauch um 25 Prozent senken. Bis 2040 soll alle im Landkreis benötigte Energie aus erneuerbaren Quellen und in der Region produziert werden. Der Rückkauf der Anteile soll über die zukünftigen Erträge aus Netzentgelten finanziert werden. Aus den Reihen der Grünen wurde der Aufbau eines eigenen Vertriebs gefordert.

TOP 9 bis 20 - Personalien

Eine endgültige Entscheidung fiel auch bei der Besetzung der Stelle des Kreisrates, hier wurde Marcel Riethig (SPD) von allen Fraktionen bei Enthaltung der LINKEN gewählt.

Im Anschluss kam es zu einer Beförderungssorgie von höheren Verwaltungsbeamten, die von der LINKEN kritisch bewertet wurde. Im unteren Bereich, etwa bei den Reinigungskräften, wird gerne runter gruppiert, gekürzt und gestrichen. Insofern kann man bei diesen Personalentscheidungen keinerlei Fingerspitzengefühl erkennen.

TOP 31 – Einrichtung einer IGS für Dransfeld und Adelebsen (abgesetzt)

Eigentlich ist die Stimmung reif für eine IGS im Westkreis anstelle der Oberschule in Dransfeld. Die Eltern wollen es, die Gemeinden wollen es und eigentlich auch die Mehrheitsfraktionen. Der Auslöser des LINKEN Antrags war auch die Schulentwicklung in der Stadt Göttingen. Hier wurde die Einrichtung einer dritten Gesamtschule sowie das Auslaufen der Real- und Hauptschulen erwartet mit großen Auswirkungen auf die ländlichen Schulen

Von Seiten des Landes ist aber dafür zum jetzigen Zeitpunkt keine Unterstützung zu erwarten. Die Gesetzeslage wird sich 2014 oder 2015 ändern. Dann wird ein entsprechender Antrag für eine Westkreis-IGS erneut mit Unterstützung von SPD und Grünen eingebracht werden können.

► Kreisverband DIE LINKE. Göttingen hat neuen Sprecher_innenrat gewählt

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE Göttingen wurde am 20. November 2013 ein neuer Sprecher_innenrat gewählt. Dabei wurden die bisherigen Sprecher Dietmar Reitemeyer, der künftig die Aufgabe des Kreisschatzmeisters übernehmen wird, und der Dransfelder Samtgemeinderatsherr Ulrich Maschke als Vorstandsmitglieder bestätigt. Neu in den Sprecher_innenrat gewählt wurden die Hann. Mündener Unternehmerin Anne Freimuth, sowie die Krankenschwester Sissi Spiegler, der Sozialberater Dr. Joachim Bons

und der Promotionsstudent Dirk Tegtmeyer (alle Ortsverband Göttingen). Nach einer arbeits- und erfolgreichen Amtsperiode gilt unser Dank den Mitgliedern des bisherigen Kreissprecher_innenrates. Die Arbeit der letzten zwei Jahre wurde in einem umfangreichen Rechenschaftsbericht dokumentiert. Die neu gewählten Kreissprecher bedanken sich für das von den Mitgliedern entgegengebrachte Vertrauen und freuen sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit innerhalb des Kreisverbandes und mit außerparlamentarischen Gruppen und Verbänden. Die Arbeit wird sich zunächst

auf die Europawahl, die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten, insbesondere die des Göttinger Oberbürgermeisters, die geplante Kreisfusion und die Pläne zur Logistikregion Göttingen konzentrieren. Übergreifend werden wir all unsere Kraft gegen Neonazis und Rassisten einsetzen. Soziale Gerechtigkeit, gute Bildung für alle und ein Mindestlohn von 10 Euro bleiben weiterhin zentrale Forderungen des Kreisverbandes.

Zudem wurde Dirk Tegtmeyer zum neuen Bildungsbeauftragten des Kreisverbandes gewählt.

Seine Aufgabe im Bereich der politischen Bildung wird vor allem darin bestehen, den Mitgliedern Materialien zugänglich zu machen, die unter anderem von der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt werden, sowie bei entsprechendem Interesse die Organisation von Bildungsveranstaltungen.

(...) Fortsetzung von Seite 8

auf ein verbindliches Klimaschutzgesetz, stattdessen nur Ziele

► Die Bedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden nur kosmetisch verbessert, es bleibt moderne Sklavenarbeit

Die große Koalition ist ein bürgerrechtlicher Totalausfall

► Vorratsdatenspeicherung wird umgesetzt, sechs Monate sollen alle Daten gespeichert werden, das ist eine Einladung an die NSA, sich weiter zu bedienen, und ein unausgesprochener Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger

► Die ausdrückliche rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen mit der Ehe bleibt aus. Es gibt kein expli-

zites Adoptionsrecht für eingetragene Partnerschaften. Statt politisch die notwendigen Schritte zu gehen, wartet die große Koalition auf das Bundesverfassungsgericht

► Keine Volksentscheide auf Bundesebene

Die Koalition ändert nichts an der sich verschärfenden sozialen Ungerechtigkeit im Land

► Keinerlei Änderungen am sinkenden Rentenniveau und an der Rente erst ab 67 – Altersarmut nimmt weiter zu, wie auch die Zahlen des aktuellen Sozialreports gezeigt haben: zwar kommt die so genannte Mütterrente und auch die Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren können vorerst mit 63 abschlagsfrei in Rente

gehen, aber ausgerechnet die ohnehin unzureichende Solidarrente kommt erst 2017 und auch hier bekommt der Osten solange weniger, bis die Rentenwerte angeglichen sind. Nach heutigen Rentenwerten würde diese Lebensleistungsrente im Westen

Brutto 844,20 Euro und Netto 756 Euro betragen, im Osten aber nur Brutto 772,20 brutto und netto noch 691 Euro. Das liegt kaum noch über der heutigen Grundsicherung und ist weit weg von den 980 Euro, die der aktuelle Sozialreport als Armutsrisikorente definiert.

► Bei der Krankenversicherung bezahlen einzig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kosten des medizinischen Fortschritts

► Halbherzige Mietpreisbremse

► Auch die soziale Ausgrenzung des Bildungssystems bleibt genauso bestehen wie die 16 Bildungssysteme in Deutschland.

Quelle: linksfraktion.de, 27. November 2013

Kurzmeldung aus Hann. Münden:

Entscheidung zum großen Einkaufsmarkt in Münden wurde vertagt

Aufgrund der Proteste gegen den geplanten Großmarkt am Stadtrand (vgl. letzte Ausgabe S. 10) hat offensichtlich die SPD als Mehrheitsfraktion die ursprünglich für den 12. Dezember geplante Entscheidung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ob die Pläne nach der Bürgermeisterwahl wieder ausgegraben werden? Für DIE LINKE bleibt es dabei: Die Bürger_innen müssen vor einer endgültigen Entscheidung befragt werden.



(...) Fortsetzung von Seite 1

Sowjetunion richtete, zu gedenken und sich dabei erneut mit der brutalen Strategie der systematischen Vernichtung von Menschen unter den Nationalsozialisten auseinanderzusetzen. Dazu wurde von der jetzt in Göttingen lebenden Zeitzeugin Lea Sorina und der hiesigen Jüdischen Gemeinde eine Ausstellung initiiert und zusammengestellt, die im Rahmen der Bündnisreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ gezeigt wird. Die Befreiung Leningrads erfolgte wie die Befreiung von Auschwitz 1945 am 27. Januar, dem heutigen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Das fordert uns dazu auf, an die Shoa zu erinnern und zugleich die verbrecherischen

Dimensionen des Unrechtssystems der Nationalsozialisten in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität zu begreifen.

In der Göttinger Ausstellung werden Fotos aus dem belagerten Leningrad sowie erläuternde Dokumente gezeigt, die Zeugnis über die Entbehrungen, aber auch den ungebrochenen Widerstand der Leningrader Bevölkerung geben. Beeindruckend sind auch die ausgestellten Zeichnungen, welche Leningrader Kinder während der Belagerungszeit gemalt haben. In ihnen spiegeln sich die Schrecken des Krieges, aber auch die Hoffnung auf Befreiung.

Die Ausstellungseröffnung mit dem russischen Pianisten Igor Kirillov und

der Zeitzeugin Lea Sorina ist am Montag, 20. Januar 2014, um 18:00 Uhr.

Die Ausstellung kann in der Galerie Alte Feuerwache (Am Ritterplan 4, Göttingen) besichtigt werden, und zwar von Montag, 20. Januar 2014, bis Sonntag, 2. Februar 2014. Geöffnet: montags bis freitags von 10:00 bis 12:00 Uhr und von 15:00 bis 18:00 Uhr, sonntags von 11:00 bis 13:00 Uhr Die Ausstellung ist durchgängig zweisprachig in deutsch und russisch.

Die Ausstellung wird im Anschluss noch an mehreren Göttinger Schulen gezeigt, welche das Thema auch im Lehrplan mit aufgreifen werden.

Begleitveranstaltungen zur Ausstellung:

Petersburg in der russischen Literatur von Puschkin bis Anna Achmatowa

Vortrag und Lesung mit Ilse Koppe mit Textbeispiele aus der Dichtung Puschkins und Lermontovs, Gogols und Dostojewskijs im 19. Jahrhundert, Aleksandr Bloks und Anna Achmatovas im 20. Jahrhundert.

**Sonntag, 19. Januar 2014, 14 Uhr
Kulturcafe in der Jüdischen Gemeinde,
Angerstraße 14, Göttingen**

Veranstalter: Jüdische Gemeinde Göttingen
Die Veranstaltung erfolgt in deutscher Sprache.

Ungesühnte Kriegsverbrechen: Der Göttinger General Hoßbach als Kriegsverbrecher im Vernichtungskrieg der Wehrmacht

Vortrag und Diskussion mit dem Soziologen Dr. Martin Heinzelmann

Mittwoch, 22. Januar 2014, 19 Uhr
Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde Göttingen, Angerstraße 14
Veranstalter: VVN-BdA Göttingen

Deutsche Hungerpolitik im Zweiten Weltkrieg: Das belagerte Leningrad 1941-1944

Vortrag des Historikers Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Universität Jena)



Mahnmal für die Helden des belagerten Leningrads - 70. Jahrestag der Beendigung der Blockade

Montag, 27. Januar 2014, 18 Uhr

Gemeindesaal der Reformierten Gemeinde, Untere Karspüle 11
Veranstalter: Bündnis „9. November – 30. Januar“

„Die Blockade“

Dokumentarfilm von Thomas Kufus und anschließendes Zeitzeugengespräch mit Frau Lea Sorina

Mittwoch, 29. Januar 2014, 19 Uhr

Kino Lumiere, Geismar Landstraße 19
Veranstalter: DGB und DGB-Jugend

St. Petersburg und Göttingen – alte Wissenschaftsbeziehungen

Vortrag des Slawisten Prof. em. Dr. Reinhard Lauer (Universität Göttingen)

Sonntag, 2. Februar 2014, 17 Uhr
Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde, Angerstraße 14

Wir trauern um

Helmut Meseke

Helmut war vor fast 24 Jahren Mitbegründer der Linken Liste Göttingen. Er hat dazu beigetragen, dass sich nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Göttingen eine wählbare kommunale Alternative konstituierte, denen die DKP, die PDS, der BWK und Nicht-Organisierte angehörten.

In den letzten Jahren hat er in der Selbsthilfebewegung gearbeitet; nicht nur, um seiner eigenen Krankheit begegnen zu können, sondern auch im Sinne emanzipatorischer Basisarbeit.

Wir werden Helmut vermissen.

WählerInnengemeinschaft
Göttinger Linke